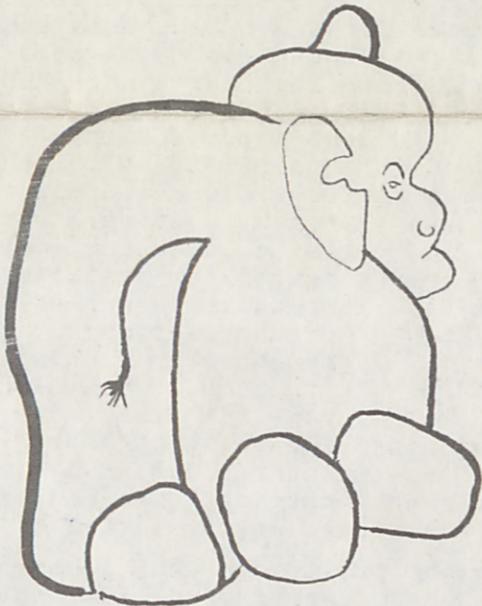


# HOCHSCHUL-INTERN

Allgemeiner Studentenausschuß der Technischen Hochschule Darmstadt

## PRÄSIDENT BÖHME - EIN LINKER PRÄSIDENT EINER LIBERALEN KOALITION, ODER UMGEKEHRT?

Gleich bei seiner Ernennung in Wiesbaden wollte er durch einen Kraftakt - entweder Informatikrechner nach Darmstadt oder kein Präsident an der THD - die Front der Techniker hinter den Historiker Böhme bringen. Diese quittierten den Erfolg mit verlegenem Lächeln, standen aber weiterhin mit geballten Fäusten in den Taschen bereit, Institute, Lehrstühle und andere Errungenschaften der guten alten Zeit gegen reformerische Angriffe zu schützen. Dies schöne Erfolgserlebnis hat nachträglich der Finanzminister vermässelt, leider! Dann, als die Schwierigkeiten mit der widerborstigen Verwaltung und der immer kürzer werdenden Leine der Ministerien zum bestimmenden Element seines Tuns wurde, stellte sich beim Präsidenten der Sälzer-Komplex ein:



Nach dem Engagement für den Rechner blieb der Druck auf die Informatikbesitzer, das längst vergrabene Studienreformkonzept zu verwirklichen, aus. "Chemieschule auf die Nachtweide" als Teil einer integrierten Gesamthochschule werbewirksam in die Öffentlichkeit getönt, allerdings war einige Tage später nur noch kleinteil laut die Rede von kooperativer Gesamthochschule, denn die Techniker wollten keine Aufweichung akademischer Ingenieurausbildung. Mollerbau, Bildungsachse ergänzen das Bild: Stanz nach außen soll die Notwendigkeit von Strukturmaßnahmen nach innen vergessen machen. In das Loch der nicht ausgefüllten Präsidentenkompetenz versucht nun die Ordinarienmannschaft vorzustoßen.

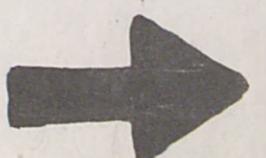
## VERFASSUNGSKLÄGER ENTERN DAS SINKENDE SCHIFF

Diese Herren gehen auf der unteren Ebene mit klaren Vor-Absprachen in die Fachbereichskonferenzen. Dort treffen sie auf Assistenten, die damit beschäftigt sind, bei der Personal-

strukturwandlung eine Wandlung nach oben durchzumachen; Assistenten also, die augenblicklich eher eine Hackordnung unter sich aufzustellen als Strukturreform der Hochschule zu betreiben bereit sind. Ebensovienig können die frisch gewählten Studentenvertreter, denen bisher systematisch interne Informationen aus Instituten und Lehrstühlen vorenthalten wurden, hinter personaltechnischen und juristischen Sachzwängen versteckte Ambitionen der Ordinarien aufbrechen und bekämpfen. Gangleader Schultz kennt das Gebot der Stunde: Die gleichen Leute, die zur gleichen Zeit eine Verfassungsbeschwerde gegen das HUG wegen Fremdbestimmung der Lehre und Forschung durch Professorenkollegen, Studenten, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter anstrengen, besetzen die zentralen Hochschulgremien, um dort immer wieder die Untauglichkeit des Gesetzes nachzuweisen und gleichzeitig die uralten Ordinarienvorstellungen in die Praktizierung dieses Gesetzes hineinzuarbeiten. Um zu erkennen, mit welcher Perspektive diese Leute in die Ständigen Ausschüsse gegangen sind - dort sind von 17 Sitzen 9 mit Verfassungsklägern besetzt - einige Passagen aus der Klagebegründung:

## HOCHSCHULE ALS SCHREBERGARTEN DER ORDINARIEN

"Über die Angelegenheiten von Forschung und Lehre können also nur die zu entscheiden berufen sein, die nachgewiesenermaßen über eine entsprechende Qualifikation verfügen und damit die Gewähr bieten, sachfremde Erwägungen als solche erkennen zu können" (Klageschrift S. 19) Darunter fallen außer den Studenten selbstverständlich auch die "sogenannten wissenschaftlichen" (S. 24) und nichtwissenschaftlichen "Bediensteten". Diese wollen ja nicht nur sachfremde Erwägungen erkennen, sondern gerade wissenschaftlich nicht immanente Zielvorstellungen wie Auswirkung auf Arbeitsbedingungen, Verwertungsziele der Forschung etc. als Entscheidungskriterien einbringen. Und sachfremde Arbeit beginnt da, wo Machtverhältnisse bestehen: "Offenbar müßte die Sachgerechtigkeit von Prüfungsentscheidungen in äußerster Gefahr, ja in Verlust geraten, wenn die prüfenden Hochschullehrer dadurch von Prüflingen abhängig wären, daß diese über das Maß ihrer Freiheit in Lehr und Forschung mitbestimmen." (32) Bei umgekehrter - tatsächlich bestehender - Abhängigkeit ist "Sach-Gerechtfügigkeit" (?) gewährleistet. "Im übrigen sind Studenten als Lernende Träger der sogenannten Lernfreiheit, die sich jedoch schwerlich aus Artikel 5 III GG ableiten lassen dürfte." (!!!) Die Ausschubarbeit sehen die verfassungsklagenden Ausschußmitglieder so: "Die .. Ständigen Ausschüsse .. sind mit mannigfachen Aufgaben betraut, die von Verfassungswegen der Erledigung durch die fachlich zuständigen Hochschullehrer vorbehalten sind."



87  
8872  
MS 5,89

Das gilt grundsätzlich für alle im Zuständigkeitsbereich des StgA für Lehr- und Studienangelegenheiten gelegenen Aufgaben, insbesondere .. "(S. 45). Und weiter das ewige Gejammer dieser Leute: "Verfassungswidrig .. insbesondere wegen der Beteiligung von Studenten, aber auch von wissenschaftlichen und weiteren Bediensteten, die nicht über den für die Entscheidung dieser Fragen erforderlichen Sachverstand verfügen." (S. 45)

Überhaupt verdammen sie jeden "bestimmenden Einfluß auf Inhalt der Lehre und auf den Gegenstand der Forschung" durch Kollegialorgan. Sie sehen mit Grausen Hochschullehrer, die - lediglich mit einer Mindestausstattung versehen - auf die Zuweisung des Geldes durch Fachbereichskonferenzen warten müssen. Sie sehen das Wohl des Ganzen gefährdet, wenn bei Berufungsfragen Dozenten mitentscheiden, bei denen sich "angesichts der ihnen regelmäßig nach 6 Jahren drohenden Entlassung unweigerlich die Tendenz bemerkbar machen wird, sich selbst und ihren Kollegen Professorenstellen zu verschaffen." (S. 41)

### SCHULTZ ALS GREMIENGORILLA

Diese düstere Prognose vom Untergang der Universität als Trägerin abendländischer Kultur dargestellt als die Selbstbestimmung ordinarialen Handelns ließ den Ruf erschallen, alle Mann an die Gremienfront, zu retten was noch zu retten ist. Und wie es im Augenblick aussieht, ist noch eine Menge zu retten.

Um es nicht gleich zum großen Krach kommen zu lassen, bei sich die Schultz-Clique sehr schnell isolieren würde, versuchen diese Leute an inhaltlich weniger wichtigen Objekten das Terrain abzutasten. Die Kompetenzen sollen zwischen den Gremien anhand solcher Versuchsballons geklärt werden. Sie müssen herausfinden, wie fest welche Gruppen zusammenstehen, wo sich bei Auseinandersetzungen der Widerstand konzentriert und wo es schwankende Gestalten, die zu integrieren wären, gibt. Gleichzeitig muß die Mannschaft trainiert, eigene schwankende Gestalten gefestigt werden. Schultz wächst zum Gremien Gorilla, wenn er die Fehler der eigenen Leute in der folgenden Sitzung wieder ausbügelt. Dann wird von Demokratieverständnis geredet und werden juristische Schwierigkeiten aufgebaut, wo keine sind.

Nur vor diesem Hintergrund sind die Kompetenzstreitereien zwischen Senat und Lehr- und Studienausschuß (LuSt-A) um die Anbindung einer Lehrerausbildungskommission und um die Zuständigkeit von Änderungen der Prüfungsordnungen zu verstehen. Die gleiche Strategie zeichnet sich in dem Gerangel um Öffentlichkeits- und ständige Gästeregelung ab. Besonderes Lustobjekt dieser Leute ist der LuSt-A, da hier einerseits die Kompetenzen sehr weitgehend ausgelegt werden können - was ist schon nicht Lehr- und Studienangelegenheit? - und andererseits hier die Studenten fast die Hälfte der Stimmen haben. Die Besetzung dieses Ausschusses ist sicher als Beruhigungspastille für Studenten gedacht; dies ist dem sonst mit studentischer Mitbestimmung geizhändigen Gesetzgeber besonders leicht gefallen, da Studenten das System in Lehr- und Studienangelegenheiten modernisieren, d. h. leistungsfroher machen sollen. Die Schülze versuchen nun, da der Ausschuß keine Möglichkeit von Nichtöffentlichkeit vorgesehen hat, die Behandlung von Einzelfällen auszuschließen - "Persönlichkeitsschutz" - , um damit dem Ausschuß die Rolle der obersten Beschwerdeinstanz zu entreißen. Sie versuchen durch extensive Auslegung des Gesetzes Einrichtung von neuen Studiengängen an den Senat anzugliedern. Sie wollen den LuSt-A zu einem wirkungslosen Deklamationstribunal machen, und danach hämisch auf die Studenten zeigen, die den Ausschuß ruiniert haben!

### BÖHME ALS SCHLICHTUNGSSCHLUMPF

Der politische Ansatz dieser Leute liegt mit der Begründung zur Verfassungsklage schon lange auf dem Tisch. Die Strategie hat sich in den letzten Wochen klar gezeigt. Sie sind auf dem besten Wege, den Karren in ihren Dreck zu ziehen. Was macht nun der Herr Präsident, durch dessen Machtstellung sie einen bedrohlichen Fremdeinfluß heraufziehen sahen? Ist er bereit, diese "abenteuerlichen Möglichkeiten" (S. 49) zu nutzen, massiv die Rechte der Rechten zu beschneiden und in Zusammenarbeit mit progressiven Studenten, Assistenten und Professoren die gesamte Ausbildung umzukrempeln? Wie antwortet er der Taktik der Alles-Bewahrer? Schon die oben angedeutete Strategie des Schaumschlagens deutet seinen Weg an. Statt klare Frontstellung zu beziehen, will er zwischen allen Gruppen vermitteln, abwiegeln und schlichten. Er hat nichts aus den Erfahrungen des Guther-Direktoriums gelernt, daß diese Taktik lediglich ein Nachgeben gegenüber der de facto noch immer stärksten Gruppe bedeutet. Dadurch wird er niemals einen Rückhalt bei diesen Leuten erringen, für welche gemeinsamen Ziele - über eine Einheitsfront gegenüber dem Finanzministerium hinaus - denn auch? Präsident Böhme tappt in jede Falle dieser Gruppe hinein: In juristische Fragen gekleidete politische Auseinandersetzungen greift er als juristische auf und überläßt sie seinen unpolitischen Hausjuristen, die schon viele Machtwechsel reibungslos überstanden haben. Was da herauskommt, kann keinen - auch ihn selbst nicht - verwundern! Statt durch seine Macht die Kompetenzstreitigkeiten zu steuern und juristische Gutachten von politischem Willen gestalten zu lassen, verlagert er die Auseinandersetzungen in Fachgespräche. Er kann sich seinen unbescholtenen Glanz bewahren. Ein Glanz, den er mit niemandem teilen möchte; statt durch einen politisch besetzten Präsidialstab die Verwaltung zu zähmen, versteckt er sich gerade hinter deren Widerspenstigkeit.



Der mangelnde politische Gestaltungswille zeigt sich besonders im Organisationsausschuß: Hier wäre es an der Zeit, den Uraltordinarien ihre Verfassungsklage um die Ohren zu hauen, anstatt über die Schwierigkeiten bei der Entwicklung von Leitlinien für Fachbereichssatzungen zu debattieren. Diese Leute wollen doch gar keine Fachbereiche! Die Verschiedenartigkeit der Fachbereiche ist vorgeschobenes Geschwätz, im ehemaligen Satzungsausschuß tönnten die gleichen Leute ganz anders. Wenn dann im Gegenzug, um endgültig von diesen leidigen Strukturthemen abzulenken, Schultz eine Diskussion über den Sinn von Sozialwissenschaften anbietet, lächelt Böhme glücklich wie ein satter Säugling!

Die Studentenvertreter werden den Integrationsprozeß sehr genau beobachten, um zu gegebener Zeit sehr schnell Konsequenzen ziehen zu können. Es bieten sich alle möglichen Koalitionen an.

LIBERALE SIND UNERTRÄGLICH!

